Jahrg. 5. Nr. 30

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mark

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Strassenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

April 1924

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 30020.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Amsterdam

Die Papier-Rentenmark

Die stabile Rentenmark wackelt ganz bedenklich. Die Bourgeoisie ergreift schon wieder panisches Entsetzen. Es beginnt mit voller Wucht die Flucht aus der Rentenmark. Die Erfahrungen mit der Papiermark haben das Kapital gewitzt gemacht. Der amtliche Durchhaltepressefeldzug läßt liebliche Erinnerungen auftauchen. Man sieht ihn als böses Zeichen. Alle große Männer auf dem Gebiet der Finanzen müssen reden.

Der Reichsbankpräsident versichert zum hundertstenmal, wir lassen die Rentenmark nicht fallen. Das Ausland kümmert sich nicht um die Reden der deutschen Durchhaltepolitiker, sondern hält sich an die nackten Tatsachen. Dies ist die steigende Verschuldung des deutschen Kapitals. Die beiden ersten Monate des Jahres brachten einen Einfuhrüberschuß von 358 Millionen Goldmark. Diese müssen abgedeckt werden. Das gesamte vorhandene Devisenmaterial hat zum Import gedient. Die ausländischen Kredite fielen dabei wenig ins Gewicht. Dieses Freimachen der Valutabestände hat sicher zu einer Belebung der Wirtschaft beigetragen, es war nur der Fehler, daß davon allein der Binnenmarkt profitierte. Der innere Verbrauch stieg enorm, während die Ausfuhr fiel. Es floß dadurch kein Devisenmaterial in die deutsche Wirtschaft zurück.

Die Importeure riskierten ihre Devisen und tauschten sie gegen Rentenmark um. Die Zuteilungen durch die Reichsbank betrugen die letzte Zeit über 1 Prozent des Bedarfs. Es setzte aus diesem Grunde eine verstärkte Nachfrage nach Devisen ein, denn der Import mußte aufhören. Alle Kredite, die die Importeure bekamen, suchten sich wieder auf dem Devisenmarkt bemerkbar und drückten den Kurs der Mark. Um dies zu verhindern, setzte die Kreditsperre der Reichsbank mit dem Erfolge ein, daß die Zahlungsschwierigkeiten der deutschen Wirtschaft enorm stiegen. Das beste Zeichen ist das völlige Versagen der Banken. Es soll damit nicht auf die sich behelfenden Konkurse hingewiesen werden, sondern auf die immer steigende Unmöglichkeit, der Wirtschaft die notwendigen Kredite zu verschaffen. Es wird jetzt kurzfristig für bares Geld 7 Prozent monatlich gegeben, das sind 84 Prozent jährlich, während im Ausland Kapital zu 8—10 Prozent jährlich zu erhalten ist. Der hohe Zinsfuß verstärkt den Druck des Kapitals in der Richtung zur Inflation.

Das deutsche Kapital befindet sich dadurch in einer weit schärferen Krise, als dies Mitte November der Fall war. Jetzt erst beginnt der eigentliche Kampf um die Stabilisierung. Das deutsche Kapital muß sich mit den vorhandenen Mitteln nicht nur einrichten, sondern auch noch mit ihnen gewaltige Abgaben begleichen. Wenn schon jetzt ohne irgendwelche Belastungen die Rentenmark zusammenbricht, so kann man sich sehr gut vorstellen, was erst später kommen wird.

Die von der Rentenbank der Reichsbank für Krediterfordernisse zur Verfügung gestellten, 1200 Millionen Mark reichen nicht im geringsten zur Deckung des Bedarfs aus. Das landwirtschaftliche Kapital, welches zwei Drittel der Summe erhalten hat, erhebt ein wüstes Geschrei über ihre Zurücksetzung. Es kann damit nichts anfangen. Das industrielle Kapital schreit nicht minder. Es ist diesmal absolut keine Preßkampagne, durch die das erreichte Ziel verdeckt werden soll. Man muß nur an den ungeheuren Kapitalschwund denken und dagegensetzen, daß der Umfang der deutschen Produktionsmittel fast derselbe geblieben ist. Zur Zeit des Kriegsregimes hatte das deutsche Kapital nicht weniger als 29,8 Milliarden Goldmark dem Ausland langfristig ausgeliehen. Ende 1922 betrug die gesamte deutsche Kapitalsanlage zusätzlich der sog. „Kapitalfluchtwerte" 7,55 Milliarden Goldmark. Dies bedeutet für die angegebene Zeit einen Verlust von drei Viertel des angelegten Kapitals.

In denselben Zeit haben sich die deutschen Kapitalschulden an das Ausland fast vierdreifach. Sie werden auf 7,85 Milliarden Goldmark angegeben. Im Jahre 1923 hat sich infolge des Ruhreinbruchs und der steigenden Invasion des ausländischen Kapitals insbesondere auf dem Grundstückmarkt dies Verhältnis sicher noch verschlechtert. Die Passivität der Handelsbilanz in neuem Jahr wirkt auf ein weiteres Steigen der Verschuldung hin. Die Bluturmut der deutschen Wirtschaft zeigt sich am besten in der Höhe der Spareinlagen, die ein Achtzigstel der Vorkriegszeit betragen. Das Industriekapital kann also vom deutschen Markt nicht eine Belebung erwarten. Es ist auf ausländischen Kredit angewiesen. Dieser kann es nicht erhalten, wenn es sich nicht für eine positive Lösung der Reparationsfrage einsetzt.

Die Proletarier der KPD. möchten sich aber mal, und daß sind sie im Interesse der Fortführung der Revolution verpflichtet zu tun, die Siege der „Roten Fahne" durch den Kopf gehen lassen. Sind die Lehren vom Oktober 1923 so schnell vergessen, daß man mit solchen haneblichenem Zeug noch das Proletariat verhöhnen kann.

Schatten kommender Ereignisse

Fürs deutsche Proletariat scheint eins dieser großen Ereignisse die Wahl zu „seinem" Hause, am Königsplatz, am 4. Mai zu sein. Viel wird drüber diskutiert. Wenn noch vor etlichen Wochen in den Betrieben die Aussprüche: „Ha, ick und wählen, so siehste aus", ziemlich oft vorkamen, so hat mittlerweile doch die Presse, die siebente Großmacht, wiedermal bewiesen, daß sie die öffentliche Meinung macht.

Der Beobachter merkt, wie langsam, aber sicher und in stetig wachsender Form die Massen von dem Wahlfieber erfaßt werden und ihnen der „Tag der Abrechnung" schon viel zu fern liegt. Daß sie gar nicht schnell genug den Tag „der Rache" erwarten können; denn rächen wollen sich alle mit ihrem Stimmzettel. Von den Deutschvölkischen bis zu den „Kommunisten", alle haben ihrem Zettel einen Schwur mitzugeben, der allerdings oft am nächsten Tag schon wieder vergessen ist.

Der völkische Wähler will sich rächen an den krummnasigen Juden, die bloß alle Geschäfte allein abwickeln und dem edlen Germanenblut das Leben so heiß machen. Allerdings ist diese Frage der Rassenreinheit bei den sechsundzwanzig Richtungen noch nicht geklärt. Eine wirft der andern gemischtes Blut und jüdische Versippung vor. Daß man unbeschnitten ist, gilt noch lange nicht als germanisch. Einig sind sich diese „Erneuerer" Deutschlands im Kampf gegen den revolutionären Marxismus, d. h. gegen das Proletariat.

Den „Kampf gegen die Juden" hat man nur so vorgeschoben; um die Proleten, die nie alle werden, nebst den kleinen Krämern, für sich einfangen zu können, und weil sich mit dem geistig unnächtigen Arbeiterstand „Kampf gegen das revolutionäre Proletariat" leicht führen läßt und man dadurch das Ziel, die vollständige Niederknüttelung des Proletariats, glaubt sicherer erreichen zu können. Ihrer bedient sich die Bourgeoisie, soweit sie zu gebrauchen sind.

Der Bourgeois wählt seine Richtung, die der Ausdruck seiner wirtschaftlichen Macht ist. Demokratische und Deutsche Volkspartei, jetzt noch der Stinnesflügel, die nationalliberale Partei, das Zentrum nebst den Demokraten sind die Parteien der Bourgeoisie, deren Parole nach wie vor, Ruhe und Ordnung und Aufstieg des Vaterlandes sind. Das Proletariat sieht in diesen Parolen nichts weiter, als durch Ruhe und Ordnung den Aufstieg des Profits zu sichern.

Unauslöschlicher Haß bezeelt diese Klasse gegen das Proletariat, das und dies wissen sie sehr genau, sie überwinden und ihnen ihr Monopol der Ausbeutung der Menschen entreißen wird, um die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen für immer zu beseitigen. Die Tage des November 1918 mit den darauffolgenden Auseinandersetzungen können und werden sie nicht vergessen.

Gegen die „Reaktion" gegen den Putschismus, für den „Weltfrieden" und für „gerechten Lastenausgleich" geht augenrollend der sozialdemokratische Arbeiter und etwas sozialistisch angehauchte Kleinbürger zur Urne, um mit Hilfe dieses Zettels seiner Idee zum Siege zu verhelfen; denn nur mit geistigen Waffen, und nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren, läßt uns kämpfen und siegen, oder unterliegen. Nicht predigen wir Haß den Reichen, nur gleiches Recht für jedermann usw. Wer kennt nicht diese Tiraden? Mag er auch nicht mit Noskes Taten einverstanden sein, und ihm auch Bayern nicht recht geheuer vorkommen, so hat er doch noch immer „Genossen Ebert", der sich einfach tacko hält und „Genosse Pfeifer" Bleiter ist ja auch noch da.

Wir leisten keine positive Arbeit im Parlament, sondern benutzen es nur zur Agitation und zur Desorganisation der bürgerlichen Staats- und Gemeindeapparate, so sagt die parlamentskommunistische Partei, die die Partei des kämpfenden Proletariats sein will; was aber auch die SPD. von sich behauptet.

Ein Teil der Wähler, die dieser Partei die Stimme geben, denken der Revolution zu dienen und ein anderer Teil glaubt, um die revolutionäre Auseinandersetzung herumzukommen; denn je mehr sich zum „Kommunismus" nach ihrer Meinung bekennen, desto mehr wird sich die Bourgeoisie zurückziehen und desto besser sich die Lage der Arbeiter gestalten. Man sagt sich dann noch, daß als die einzig „richtige" Partei ist, beweist schon ihr Verbot, als Organisation und das Verbot ihrer Zeitung. Darum wählen große Teile Proletarier eben die „Kommunisten". Daneben haben sich noch viele kleine Büros zum Stimmenfang aufgemacht, um ihrem Bürochef einen Sessel zu sichern in dem „großen" Hause.

Doch das Proletariat irrt, irrt ganz gewaltig, wenn es den Tag der Wahl als ein großes Ereigniis betrachtet.

Nichts bedeutet diese Wahlkomödie weiter als ein geschicktes Ablenkungsmanöver der Bourgeoisie; denn das große Ereignis, das seinen Schatten vorauswirft, ist der neue „Friedensschluß" zwischen dem deutschen Kapital und dem Ententekapital. Dieser Frieden wird sehr, sehr hart sein und unerbittlich rüstet die Bourgeoisie zum Abwehrkampf gegen ihren einzigen und wahren Feind, gegen das Proletariat.

Sie weiß, daß die kommende Belastungsprobe das Proletariat aufpeitschen wird und muß; daß diese Lasten, die das Sachverständigengutachten vorsieht, aus dem, nur zum Teil arbeitenden Proletariat, herausgeschunden werden müssen.

Unbedingter Arbeitsfriede muß herrschen, erklärt sie. Keine Streiks dürfen das Werk der „Gesundung" in Frage stellen. Den Belagerungszustand hält man erst gar nicht mehr auf, um sofort vom „Rechtsstandpunkt" mit allen Mitteln eingreifen zu können.

Noch läßt man die Proletarier in ihren so harmlosen Lohnstreiks gewähren, noch glaubt man sich etwas loyal verhalten zu müssen. Inzwischen werden die mit ehrenvoller Festungshaft beglückten Helden des deutschen Vaterlandes, die Revolutionäre niederknallten wie tolle Hunde, aus ihren Erholungsanstalten entlassen, da angeblich krank, und die wirklich schwer kranken Revolutionäre müssen dahinsiechen, weil die Bourgeoisie glaubt, daß das Proletariat ebenso durch das vermeintlich große Ereignis abgelenkt sein wird, daß diese Schaffen von kommenden Ereignissen nicht allzusehr Gewicht beilegen.

Dem Verfall der Rentenmark, dem Steigen der Preise, der stärker werdenden Verelendung trotz teilweiser Beschäftigung, steht es in ungeheurer Ahnungslosigkeit gegenüber. Der „Vorwärts" weiß nichts anderes zu tun, als darüber zu jammern, daß alle Bestimmungen gegen den Wucher aufgehoben werden sollen oder teilweise schon sind, und man weiß nicht, was werden wird, aber kommt eine neue Inflation, ja, dann Gnade, Gott, dann leben alle Schieber und Wucherer in Deutschland herrlich, also darum rasch, wählt uns am 4. Mai.

Während ohne besondere Abgaben der deutschen Wirtschaft und trotz der Stabilisierung die Elende des Proletariats nun das Wunder Rentenmark sich als richtiges Wunder, nämlich, weil es kein Wunder gibt, als ein richtiger Bluff, den man monatelang mit allen Mitteln aufrechterhielt, entpuppt hat und die geheimnisvolle Stabilität zum Teufel geht, können sich die Proletarier ungefähr ein Bild machen, was ihnen nach der Wahl das Kapital alles zugedacht hat, wenn man die Sechlesleistungen bezahlen will.

Bis dahin versucht man noch, um den Proletarier noch etwas bei der Stange zu halten, zu bremsen. Noch läßt man die Gewerkschaften ihre Teilohnstreiks führen, damit sie sich etwas Gehör verschaffen; denn man wird sie gebrauchen in den kommenden Auseinandersetzungen. Die „Völkischen" sind wohl zur augenblicklichen Irreführung teilweise zu gebrauchen, doch den sehen, unermüdlichen Willen zum Aufbau des Kapitals haben eben nur die Gewerkschaftsführer. Auch ist ihre Kenntnis von der Psyche der Massen größer als die der „völkischen" Rivalen. Und Leipzarts Anwesenheit bei der Einsetzungsfeier von Stinnes, inmitten der Industriellen, sollte den Proletariern zu denken geben.

Gebrauchen wird das Kapital beide, Völkische als auch Gewerkschaften, und der Getroffene und Zerschundene wird nur immer allein das Proletariat als Klasse sein.

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Wehe dem Proletariat, daß diese Schatten nicht sehen will. Es wird von den mit elementarer Wucht hereinbrechenden Ereignissen jäh aufgescheucht werden und sich doch entscheiden müssen, und zwar gegen diese Profitordnung, gegen seine eigene Stimmzettelabgabe, gegen alle Illusionen einer friedlichen Lösung seines Lebens innerhalb des Kapitals.

Proletarierbataillone! Rüstet zäh und unermüdlich, aber nicht zum Wahlkampf, sondern für einen Klassenkampf, dem ihr nicht ausweichen könnt, sondern auch durch die großen Ereignisse, durch die gegnerische Klasse, die Bourgeoisie, aufgezwungen wird. Noch ist es nicht zu spät. Nie ist es zu spät, wenn ihr nur als Klasse in den Betrieben den bewußten Anfang macht.

Es lebt noch eine Flamme,
Es grüßt noch eine Saat,
Verzage nicht, noch bange,
Im Anfang war die Tat!

Schüler Ludendorffs, Stinnes ††† hat dem Kapital gesagt, daß nicht Produzieren, sondern Kalkulieren die Geschäft profitabel macht, oder anders gesagt, nur der auf die Vernichtung des Proletariats gerichtete Kampf kann die Gesundungskrise bringen. Die Inflation war ein Fehlgriff, um den Wiederaufbau der kapitalistischen Ordnung herbeizuführen.

In untergehenden Kapitalismus kann das Kapital sich nur durch schärfsten Klassenkampf retten. Der Abbau der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zwingt auch zu dem Abbau

Klassenjustiz

Die kleinbürgerliche Seele ist in Wallung. Deutschland soll angeblich Kopf stehen, denn man muß erschreckend feststellen, daß wir, die deutsche Republik, das freieste Land der Welt, schon seit 1919 eine politische Justiz, eine wirkliche Klassenjustiz haben.

Das Gerichtswesen, die Rechtsprechung, war für den gewöhnlichen Sterblichen, der sich um die Zänkerei der Politik mit ihrem Verderben der Charaktere aus Bequemlichkeit oder sonst welchen, für ihn sehr wichtigen Gründen, nicht kümmert, der Inbegriff der Objektivität. Das deutsche zivile Gerichtswesen war für den Bürger etwas, was über den Parteien, was über den häßlichen Klassenkampf thronte und sich nicht beeinflussen ließ von den Interessen einzelner Gruppen oder einer Klasse.

Nun soll es mit einmal anders geworden sein. Die Prozesse der letzten Monate und Wochen haben diese Illusion gründlich zerstört. Wir brauchten uns nicht so sehr damit beschäftigen, wenn nur das Bürgertum der wilhelminischen Aera die Notschreie ausstoßen würde. Doch da auch das rotschillernde Bürgertum, daß von der Sozialdemokratie vertreten wird und noch immer Arbeiter in ihrem Schlepptau hat, diese „moralischen" Entrüstungsschreie ausstößt, ist es notwendig, vom Standpunkt des revolutionären Proletariats an diese Dinge heranzugehen. Der Schrei der Sozialdemokratie über die politische Justiz ist nicht, wie beim Bürgertum, auf völlige Unkenntnis über die historische Notwendigkeit des Klassenkampfes und der daraus sich ergebenden Klassenjustiz zurückzuführen, sondern bei derselben ist es nichts als häßliche Demagogie; denn sie weiß genau so gut wie das revolutionäre Proletariat, was Marx schon sagte im Kommunistischen Manifest: **„Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheines entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.** Die „sozialdemokratischen" Kleinbürger wissen auch ferner, **daß die politische Gewalt im eigentlichen Sinne die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen ist.**

Wenn die Arbeiterschaft von dieser proletarischen Denkweise an alle die sogenannten „Justizverbrechen" des letzten Jahrzehnts herangeht, dann wird es auch erkennen, daß Liebknecht Zuchthausstrafe erhalten mußte. Daß dann nachher jugendge einer Besten langjährige und lebenslängliche Zuchthausstrafen erhielten und noch täglich erhalten und daß Hitler-Urteil so und nicht anders lauten konnte; denn maßgebend ist für die herrschende Klasse, d. h. die im Besitz der wirtschaftlichen und politischen Macht ist, daß der zu Verurteilende an den Pfeilern ihrer Macht gerüttelt hat oder wo er nur die Hülle der Machtpfeiler ein anderes Aussehen geben wollte.

Die Stellung der Juristen ist festgelegt und sie müssen, ob sie wollen oder nicht, als Lohnsklaven der Bourgeoisie auch deren Grundlage und somit ihre eigene schützen und falls sie wankt, mit allen Mitteln versuchen zu festigen.

Die proletarischen Klassenkämpfer nun, die sich vor der Justiz der Bourgeoisie, die eins der wichtigsten Glieder in der Kette der organisierten Gewalt derselben über das Proletariat darstellt, zu verantworten haben, treten natürlich als Gegner dieser bürgerlichen Gesellschaftordnung in die Schranken und der Klassenhaß einer, ihren Untergang voraussehenden Klasse, drückt sich in den Urteilen aus. Darum die brutalen Strafen für jeden, der sich zur Bedarfswirtschaft bekennt.

Vom Standpunkt der Bourgeoisie ist es natürlich selbstverständlich, daß alle ihre Zuwiderhandlungen, wenn sie vor Gericht ausgetragen werden müssen, um den Schein nach außen von Recht und Gerechtigkeit zu wahren, sei es auch nur in ganz bescheidener Form, eine andere Beurteilung erfahren. Wenn das erste Urteil des „Volksgerichts" in München ein Todesurteil gegen einen Kommunisten war, also eines Menschen, der diese organisierte Gewalt einer Minderheit beseitigen wollte, und das letzte Urteil den Ludendorff freisprach, so ist das nur ein Beweis für das schon oben angeführte.

Dazwischen häufen nun Prozesse verschiedener Art. Der am meisten hervorstechendste ist dieser Zeignerprozeß, dem jetzt, nachdem er für seine verschiedenen „Unrichtigkeiten" — nicht „Unredlichkeiten", wie sein Genosse Professor Dr. Gustav Radbruch im „Vorwärts" vom 10. April schreibt, verschiedene Jahre Gefängnis aufgebrummt worden sind, noch daß sie noch während des Singens der „Internationale" eine Stuhlbarrikade aufbauten und mit dem Werfen der Stühle nach der Arbeiterschaft begannen. Die angegriffenen Arbeiter verteidigten sich energisch. Während des Ringens zwischen den Arbeitern und den Völkischen wurde von den Ordnern eine Handgranate unter die Versammlungsteilnehmer geworfen, die drei Arbeiter schwer verletzte. Außerdem gab es noch ein halbes Dutzend Leichtverletzte. Die ziemlich stark anwesende Schutzpolizei verhielt sich anfänglich passiv. Als aber die völkischen Radaubrüder, die aus der ganzen Umgegend importiert worden waren, auch noch mit Dolchen und Messern auf die Arbeiter losgehen wollten, griff die Schutzpolizei ein und schlug gemeinsam mit dem Arbeitern die völkischen Mordbanditen in die Flucht. Später kam es noch einmal am Bahnhof zu einer Schlägerei zwischen den Schutzpolizisten und den Völkischen.

Als Resultat der Wulle-Versammlung kann festgestellt werden, daß die Völkischen durch die Frankfurter revolutionäre Arbeiterschaft eine schwere Niederlage erlitten haben."

Der Nachsatz, das Resultat, ist jedenfalls nicht zum Frankfurt berichtet, sondern hier von der Redaktion der „Roten Fahne" hinzugefügt. Also man muß es nochmal lesen. Die Arbeiterschaft war anwesende Schutzpolizei schlug gemeinsam mit den Arbeitern die völkischen Mordbanden in die Flucht. Dies als einen Sieg zu verkünden, liebe „Rote Fahne", blieb Dir vorbehalten. Sollte vielleicht in der Frankfurter Sipo eine richtige Zelle vorhanden sein, dann schlagen wir vor, den Zellenobmann als Spitzenkandidat der Reichsliste der deutschen Sektion zu setzen und dann „rin in die Kartoffeln, raus aus die Kartoffeln."

Die Proletarier der KPD. möchten sich aber mal, und daß sind sie im Interesse der Fortführung der Revolution verpflichtet zu tun, die Siege der „Roten Fahne" durch den Kopf gehen lassen. Sind die Lehren vom Oktober 1923 so schnell vergessen, daß man mit solchem haneblichenem Zeug noch das Proletariat verhöhnen kann.

An die Zeitungsobleute im Reich

Die Mainummer der „KAZ." mit rot-gedrucktem Kopf kommt am Sonnabend, den 26. April zur Versendung an die Ortsgruppen. Wir ersuchen Mehrbestellungen schon jetzt, spätestens bis Mittwoch, den 23. April, an uns zu richten.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung, Berlin NO 18, Landsberger Straße 6.

Proletarier! Vergeßt die politischen Gefangenen nicht! Sammelt!

Genossen! Haltet eure Zeitung hoch, Sammelt für den Pressefond.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: Kurt Hellwig, Düsseldorf. — Druck: Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstr. 169.

der Massen, die sie hervorgebracht hat. Es muß die Geister los werden, die es gerufen hat. Das deutsche Kapital, welches am stärksten von der Krise erfaßt ist, zeigt auch am deutlichsten die Symptome. Es muß alle Produktionskosten, die zu vermindern sind, soweit es irgend geht, herabdrücken. Dafür kommen aber nur die Arbeitslöhne in Frage. Die Rohstoffe, sowie alle übrigen zur Produktion notwendigen Fabrikate muß es weit über den Weltmarktpreisen bezahlen, da es ohne eigenes Vermögen auf Kredit arbeiten muß.

Die in Deutschland vorhandenen Rohstoffe gehen als Sachleistungen in das Ausland. Es muß auch den Binnenmarkt auf das Äußerste einschränken; denn allein der Export kann das deutsche Kapital instandsetzen, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Das Arbeiten für den Inlandsbedarf vergrößert nur noch das Defizit. Erst, wenn einigermaßen der Export im Gange ist, kann der Binnenmarkt befriedigt werden. Um dies Ziel zu erreichen, muß das Kapital die deutschen Preise um 15 bis 20 Prozent herabsetzen, da sie in dieser Höhe die Weltmarktpreise überschreiten. Es muß also zu einer weiteren Reduktion des Reallohnes schreiten. Diese Reduktion soll es gleichzeitig vor dem „Luxus"bedarf der Massen schützen. Das Inland muß sich einschränken. „Es verbraucht zuviel." Immer wieder ertönt der Ruf.

Ein weiterer Weg ist die sog. Ausnutzung der Konjunktur im Betrieb. Das Kapitalnetz muß verdichtet werden und auf einen Punkt zusammengezogen werden. Die Konzentration findet auf die Industrien statt, welche infolge ihrer Notwendigkeit und ihrer Spezialfabrikation wirtschaftlich arbeiten können. Ganze Industrien und insbesondere der Großhandel werden brachgelegt. Sie scheiden vollkommen aus. Eine enorme Einengung der Bedürfnisse findet statt. Nur die technisch modernsten Betriebe arbeiten unter Ausnutzung des Kapitals ganzer Konzerne. Die übrigen werden stillgelegt. Die Produktionsmittelkonzentration ist zur Kapitalkonzentration geworden. Dieser Zug ist symptomatisch für die gesamte kapitalistische Entwicklung, die Konsequenz aus der Ueberreife des Kapitalismus. Die Senkung des Reallohnes, die wieder eine Folge des wirtschaftlichen Zusammenbruchs ist, sieht immer weitere Kreise. Höhere Löhne setzen kapitalistische Blüte voraus. Deshalb ist es ein so ungeheurer national-ökonomischer Unsinn, wenn die Gewerkschaften die höheren Löhne als ein Gesundungsmittel der Krise verlangen. Das Kapital muß infolge der immer weiter fortschreitenden Zersetzung der kapitalistischen Wirtschaft den Reallohn dauernd herabsetzen. Es ist dagegen kein Kraut auf dem kapitalistischen Boden gewachsen als die Vernichtung des Proletariats.

Das deutsche Kapital muß infolge seiner Lage den Anfang mit diesem Feldzug machen. Es muß den kapitalistischen Abbau — das ist der Wiederaufbau — zuerst vollziehen. Seine Industrie, die vor dem Kriege zu den gewaltigsten der Erde gehörte und in der infolgedessen die kapitalistische Blüte mit ihren Massen am stärksten gewachsen war, muß den Rückschlag besonders scharf spüren. Hier wird auch der entscheidende Kampf ausgetragen. Die sozialdemokratische Illusion, in der sich noch einige Länder befinden, liegt hinter ihm. Es steht, daß seine weitere Verelendung unaufhaltsam weitergeht. Es muß nur die Gründe erkennen, um die Sicherheit des Handelns zu erhalten.

Die Währung ist nur der äußere Ausdruck der kapitalistischen Lage. Seine Augenfälligkeit zwingt das Proletariat zur Erkenntnis. Die auffälligsten Streiks zeigen am besten, daß das Proletariat den Willen zur Gegenwehr hat. Es muß ihm nur noch die Erkenntnis innewohnen, daß es den Kampf mit unzulänglichen Mitteln führt, daß alle Lohnerhöhungen nur Lohnherabsetzungen sind, weil auf sie eine Erhöhung der Inlandsprodukte folgt.

Das Proletariat muß zur ultima ratio, zum revolutionären Kampf greifen.

Politische Rundschau

Das Verbot der „Roten Fahne"

Die „Rote Fahne" ist für vierzehn Tage verboten worden. In ihrer Sonntagsausgabe veröffentlicht dieselbe eine Resolution, die von dem in der vergangenen Woche abgehaltenen Parteitag der KPD. einstimmig angenommen wurde. Die betreffenden Sätze lauten über die Bewaffnung des Proletariats folgendermaßen:

„Keine wirtschaftliche Maßnahme, die dem Proletariat Besserung der Lebenslage bringt, kann erreicht werden, ohne daß sie durch Auseinandersetzungen von Klasse zu Klasse erzwungen wird. Je größer die Zugeständnisse sind, welche die Bourgeoisie zu machen gezwungen ist, desto größer wird ihr Widerstand sein. Dieser Widerstand kann nur mit der Waffe in der Hand gebrochen werden.

Die Bourgeoisie greift zuerst mit der Waffe in der Hand an. Das Proletariat muß die bewaffnete Macht der Bourgeoisie brechen. Nur mit der Waffe in der Hand kann es mit Aussicht auf Erfolg kämpfen. Um auch nur die der weißen Justiz eingekerkerten Gefangenen zu befreien, muß das Proletariat Massendruck anwenden und sich bewaffnen, um vor neuerlichen Ueberfällen geschützt zu sein."

Daß der „Vorwärts", der doch jetzt auch im „Klassenkampf" macht, doch nur im harmonischen, darüber höhnt, ist begreiflich; denn solche zugkräftige Wahlparole könnte sogar verschiedene Sitze sichern helfen. Auf den Parteitag der KPD. kommen wir an anderer Stelle zurück.

Aber wir glauben nicht, daß das Verbot volle vierzehn Tage aufrecht erhalten bleibt. Vielleicht einigt man sich auf eine schöne Wahlordnung und läßt die „Waffen" darin weg; denn es ist ja wirklich nicht so gemeint.

Eine heikle Frage

Bekanntlich hat der Tod von Hugo Stinnes alle Zeitungen Stoff für ein bis zwei Seiten gegeben. Auch der „Vorwärts" mußte so tun, da es doch kurz vor der Wahl ist, als ob man gegen das Kapital ist, und da nun Hugo tatsächlich ein richtiger Kapitalist, sogar ein ganz moderner war, so zog man gegen den Toten vom Leder. Nun hat der DAZ., dem Organ der Schwerindustrie, in die Krone gefahren und nachdem sie etliches festgestellt hat richtet sie an den „Vorwärts" folgende Frage:

„Zum Tode von Hugo Stinnes hielt sich der „Vorwärts" für verpflichtet, den noch nicht bestatteten mit rohen Schmähworten zu belegen: „Dieser Mann hat die Nation benutzt und ist ihr nicht von Nutzen gewesen, er war an ihr interessiert und hat kein Interesse an ihr gehabt." Wir wollen nur darauf hinweisen, daß an der Bestattung von Hugo Stinnes alle Kreise des deutschen Volkes sich beteiligt haben. Neben den Industrieherren standen die Bergarbeiter des Ruhrgebiets, und neben Dr. Vögler, dem Generaldirektor von Deutsch. Luxembourg, stand Leipart, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Wirft man ihn jetzt zur Partei hinaus?"

Man kann ja nicht wissen, doch der „Vorwärts" müßte es wissen, vielleicht bestanden zwischen Hugo und Leipart dieselben Freundschaftsverhältnisse als zwischen Karl, dem großen Häuptling der Gewerkschaften und dem soeben verbrannten großen Häuptling der Industrie.

„Die Chronik" des Gimpelfangs

Die Dummheit ist der dankbarste Boden für jede Geschäftsgründung. Für eine neue Zeitung ist sie noch mehr Voraussetzung wie für alles Bestehende. Wer auf die Dummheit setzt, gewinnt vielfältig. Aus Hunderttausenden werden Millionen. Wer früher nicht auf Sand bauen wollte, mußte Gott vertrauen; an Gottes Statt ist heute die Dummheit getreten. Die Einwendungen, das beides dasselbe sei, sind stichhaltig.

Herr Stinnes hat zu seinen bestehenden und von ihm indirekt abhängigen Zeitungen eine neue gegründet: „Die Chronik", ein Montagsblatt. (Verlag der Stinnes gehörenden Zeitschrift „Die Bank", welche finanzkapitalistische Interessen vertritt!) Für die wochenlange Reklame durch viele hundert festangestellte Zettelverteiler und Plakatkleber, Dichter und Journalisten, sind sicher hunderttausende Goldmark hinausgeworfen worden. Ganze Waggonladungen Zettelchen und Zettel, Plakatchen und Plakate wurden auf die Straße geworfen, an die Litfaßsäulen geklebt, in Geschäften und Restaurants ausgehängt. Alle trugen sie am Kopf den Vermerk: „Dies fortwerfen ist verkehrt, der rote Punkt hat Sammelwert!" Und je nach der sozialen Struktur der betreffenden Orte und Stadtviertel trugen die Zettel und Plakate Inschriften auf die entsprechende Bevölkerung ausgeschnitten: Für und gegen den Kapitalismus, Faschismus, Demo- und Sozialdemokratismus, Kommunismus usw. — In den Fenstern der Kneipen mit „kommunistischem" Verkehr tragen die Plakate u. a. folgende Verse:

Den Bourgeois frißt — der Sozialist,
Seinen er vom Einfluß ist;
Kommt zur Gewalt — er wird es bald,
Ein Millerand oder MacDonald,
Falls solche Wandlung Dich verdrießt,
Ist gut, wenn Du die „Chronik" ißt.

Das Kapital — muß man brutal,
Besteuern zehn und zwanzig Mal,
Und flieht es ganz dann außer Lands
So streut man Salz ihm auf den Schwanz
Es flieht in zahllosen Gestalten
Das Geld — Die „Chronik" kann man halten.

Und der Prolet haut mit der Faust auf den Tisch und sagt: Verflucht, das ist ja kommunistisch! In Nr. 1 der „Chronik" findet er das sogar bestätigt. Man liest dort eine Notiz:

„Im Wahlaufruf des Gewerkschaftsringes Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände heißt es u. a.: „Von der Zusammensetzung des nächsten Reichstages hängt es ab, ob wir den sozialen Volksstaat behalten oder von den plutokratischen Kräften der Wirtschaft unterjocht werden." Ein Staatswesen, in dem jeder fünfte Arbeiter ohne Arbeit und Verdienst ist, der unglückliche Kriegsteilnehmer, der die rechte Hand verloren hat, sechs Mark monatliche Rente erhält, und die Spargroschen, die der Arme zu der „Bank des kleinen Mannes", d. h. zur Sparkasse, getragen hat, infolge einer unerhörten Geldwirtschaft zu mindestens sechs Siebenteln in Rauch aufgegangen sind, ein solches Staatswesen ist also nach gewerkschaftlicher Auffassung ein „sozialer Volksstaat"! Mancher Arbeiter und Angestellte dürfte anderer Meinung sein."

Die Tendenz des Blattes: „Wir sitzen zwischen sämtlichen Stühlen" sagt die Redaktion im Leitartikel. In der Tat, die Gimpelfängerei übertrifft die der Morgenpost und die Moskauer und die amerikanische Methode. Sie ist zugeschnitten auf die Umleitung der sozialistischen Ideologie in die völkische. — Wer der Dummheit vertraut, der hat auf keinen Sand gebaut.

Die Mimosen

„Die Kommunistische Partei versteht es absolut nicht, gute Wahlagitation zu betreiben. Es gibt eine ganze Reihe von guten Genossen, welche dieser Frage vollkommen hilflos gegenüberstehen. „Wie", sagen sie, „wie sollen wir eine anständige Wahlagitation machen, wo wir doch gegen das Parlament sind?"

„Manche Genossen besinnen sich plötzlich — wie ein altes Kavalleriepferd beim Trompetensignal auf die Attacke — auf ihre sozialdemokratische Vergangenheit und lehren in Versammlungen gute sozialdemokratische Wald- und Wiesenreden zur Wahlagitation heraus, daß jeder Mensch sich fragen muß: „Weshalb soll man eigentlich nicht direkt einen Sozialdemokraten wählen?"

Das sind die Klagetöne Ruth Fischer im „Funken", die der „Vorwärts" begeistert aufnimmt, um den Nachweis zu führen, daß eben Wählen nur Sinn hat im parlamentarischen Sinn, nicht im antiparlamentarischen, und freut sich, ob dieses Bekenntnisses. Und ohne Scherz: Wer den Quatsch ernst nehmen will kommt tatsächlich in die Lage eines alten Kavalleriepferdes, das blindlings darauf loesstürmt, weil es so abgerichtet ist. So geht es auch den antiparlamentarischen Parlamentskommunisten. Wo sie mit ihrem Verstand in Konflikt kommen, fangen sie einfach an zu toben. — Ist denn das wirklich so schwer, zu begreifen, daß die Revolution ein Ding ist gegen die gesamten konterrevolutionären Strauchritter ist, und daß das Proletariat totgeritten wird, wenn es nicht selbst reiten lernt?

Der Brandler sind, die Brandler sind tödlich

Parteitag der KPD.

„Die KPD. muß die reformistischen Illusionen zerstören, als ob heute im Rahmen des Kapitalismus oder gar mit parlamentarischen Mitteln die Lebenslage des Proletariats entscheidend geändert werden könnte."

So heißt es in einem Absatz der fast zwei Seiten langen „taktischen Resolution" des Parteitages der KPD., auf dem die „Linke" sich ihre Führung beständigen ließ. Selbstverständlich wurde diese Resolution „einstimmig" angenommen, also auch mit den Stimmen der „Rechten". Warum? Man die Schlußfolgerungen die gezogen werden, und dieselbe Resolution schmücken.

„Kampf gegen den Abbau des Achtstundentages — gegen die Hungerlöhne — gegen die Zwangsarbeit der Erwerbslosen — gegen den Abbau der Arbeiter, Angestellten und Beamten — gegen die Stillegung der Betriebe — gegen den Abbau der Sozialversicherung — gegen das Wohnungselend des Proletariats — gegen die Klassenjustiz und den Weißen Terror — gegen die Ausplünderung der Kleinrentner, Kleinbauern, proletarisierten Mittelständler durch den Staat der Kapitalisten und Ausbeuter. —

Die KPD. kämpft für den Achtstundentag als normalen Arbeitstag — für den Sechsstundentag für Schwerarbeiter und bei Arbeitern, die in gesundheitsschädigenden Industrien arbeiten — für auskömmlichen Löhne — für Erwerbslosenunterstützung in der Höhe eines Durchschnittslohnes — für die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß — für die Erhöhung der Unterstützung der Kriegsopfer in der Höhe eines Durchschnittslohnes — Umwandlung der Betriebsräte in revolutionäre Organe des Wirtschaftskampfes, der Politisierung des Betriebes und der Arbeiterkontrolle — für die Befreiung der politischen Gefangenen — für die Schaffung politischer Arbeiterräte — für die Bewaffnung des Proletariats zum Schutze vor den Weißen Garden und zur Entwaffnung der Konterrevolution.

Und, so können wir gleich hinzufügen, „Für die Eroberung der Gewerkschaften," aus denen — wie es im Leitartikel der „Fahne" heißt — „kein revolutionärer Arbeiter herauslaufen darf."

Wir haben schon in früheren Nummern nachgewiesen, daß diese Krakeelerei weiter nichts ist, als ein Manöver, um die bereits stutzig werdenden Proletarier wenigstens über die schwersten Enttäuschungen nach der sächsischen Kriegsteilnehmer, der die rechte Hand verloren hat, sechs Mark monatliche Rente erhält, und die Spargroschen, die der Arme zu der „Bank des kleinen Mannes", d. h. zur Sparkasse, getragen hat, infolge einer unerhörten Geldwirtschaft zu mindestens sechs Siebenteln in Rauch aufgegangen sind, ein solches Staatswesen ist also nach gewerkschaftlicher Auffassung ein „sozialer Volksstaat"! Mancher Arbeiter und Angestellte dürfte anderer Meinung sein." Und ein solches Staatswesen ist also nach gewerkschaftlicher Auffassung ein „sozialer Volksstaat"! Mancher Arbeiter und Angestellte dürfte anderer Meinung sein." Die Tendenz des Blattes: „Wir sitzen zwischen sämtlichen Stühlen" sagt die Redaktion im Leitartikel. In der Tat, die Gimpelfängerei übertrifft die der Morgenpost und die Moskauer und die amerikanische Methode. Sie ist zugeschnitten auf die Umleitung der sozialistischen Ideologie in die völkische. — Wer der Dummheit vertraut, der hat auf keinen Sand gebaut.

Die Mimosen

„Die Kommunistische Partei versteht es absolut nicht, gute Wahlagitation zu betreiben. Es gibt eine ganze Reihe von guten Genossen, welche dieser Frage vollkommen hilflos gegenüberstehen. „Wie", sagen sie, „wie sollen wir eine anständige Wahlagitation machen, wo wir doch gegen das Parlament sind?"

„Manche Genossen besinnen sich plötzlich — wie ein altes Kavalleriepferd beim Trompetensignal auf die Attacke — auf ihre sozialdemokratische Vergangenheit und lehren in Versammlungen gute sozialdemokratische Wald- und Wiesenreden zur Wahlagitation heraus, daß jeder Mensch sich fragen muß: „Weshalb soll man eigentlich nicht direkt einen Sozialdemokraten wählen?"

Das sind die Klagetöne Ruth Fischer im „Funken", die der „Vorwärts" begeistert aufnimmt, um den Nachweis zu führen, daß eben Wählen nur Sinn hat im parlamentarischen Sinn, nicht im antiparlamentarischen, und freut sich, ob dieses Bekenntnisses. Und ohne Scherz: Wer den Quatsch ernst nehmen will kommt tatsächlich in die Lage eines alten Kavalleriepferdes, das blindlings darauf loesstürmt, weil es so abgerichtet ist. So geht es auch den antiparlamentarischen Parlamentskommunisten. Wo sie mit ihrem Verstand in Konflikt kommen, fangen sie einfach an zu toben. — Ist denn das wirklich so schwer, zu begreifen, daß die Revolution ein Ding ist gegen die gesamten konterrevolutionären Strauchritter ist, und daß das Proletariat totgeritten wird, wenn es nicht selbst reiten lernt?

Das parlamentarische System

Von Anton Pannekoek.

Was ist das demokratische Parlament? Es verwirklicht nur eine Regierung von Parlamentariern. Einmal vierjährig oder jährlich müssen sie das Vertrauen des Volkes haben; durch schöne Reden, Versprechungen und Programme gewinnen sie die Stimmen, und dann sind sie Meister. Der unmittelbaren Einwirkung der Massen entzogen, nur einander beeinflussend, schalten sie während der ganzen Legislaturperiode, halten lange Reden und beschließen Gesetze. Aber doch nur zum Scheine sind sie allmächtig: die ganze Verwaltung liegt in den Händen der Beamtenschaft, der Bürokratie, die als Behörde über das Volk regiert. Diese sogenannte Trennung, der gesetzgebenden und der ausführenden Gewalt ist in den demokratischen Republiken der Welt das Mittel, die Massen zu betäuben und ihnen doch den Schein vorzutäuschen, daß sie selbst herrschen; also das Mittel, die Herrschaft des Kapitals zu sichern. Die Praxis in allen republikanischen Ländern beweist dies zur Genüge. Und trotz des allgemeinen Wahlrechts sind die Massen machtlos und unfähig dies zu ändern. Sie stehen einer kunstvollen Unterdrückungsmaschinerie gegenüber, die von Parlament, parlamentarischer Regierung und Beamtenschaft gebildet wird. Sie können nur an einer Stelle, dann und wann, bei den Wahlen etwas beeinflussen: aber schon da kann sich ihr Wille nur halbwegs klären unter dem Dröhnen der Wahlreden und unter dem Geschrei der Programme. Sowohl aber die gewählten Parlamentarier benutzt sind, dem Volkswillen zu genügen, sind sie bald umgarnt von dem parlamentarischen Schmutz: Parteidisziplin, Kulissenschieberei, Intrigen, Redeseligkeit; und die „parlamentarische" Regierung der Parteibutzer ist schon so gut wie unabhängig vom Volkswillen. Und diese Regierung ist wieder halb machtlos gegen das feste Gefüge der Staatsbürokratie, der Behörden, die den Massen als eine fremde Herrschergewalt gegenüberstehen.

Parlamentarismus ist das Steckenpferd der Fachpolitiker, die durch lange Reden in der „Quasselbude" ihre Unentbehrlichkeit zeigen wollen. Ihnen graut vor der Diktatur des Proletariats, denn wo bleiben sie dann? Wenn statt lange Reden zu halten, praktisch gearbeitet werden muß, sind sie in der Tat unbrauchbar.

Marx und Engels bezeichneten den Staat als die Organisation des Kapitals zur Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse. Sie hätten hinzufügen können, daß die Demokratie daran nichts ändert, und bloß dazu dient, den Massen den Schein vorzutäuschen, daß sie selbst Meister sind. Sie stellten daher als erste Aufgabe der proletarischen Revolution: die Zertrümmerung des Staates. Das heißt, daß diese Maschine, die die Massen beherscht und die außerhalb ihres Bereiches liegt, dieser Behörden- und Parlamentsapparat beseitigt werden muß. Diese Frage ist der Kernpunkt, um den sich heute alles dreht und von dem die nächste Zukunft abhängt.

Der Geleucnzeichnete

(Aus den Tagen des Kapp-Putsches im Ruhrrevier.)

Er ist gekennzeichnet! Auf seiner linken Wange zieht sich die Narbe entlang vom Ohr bis zum Kinn. Die Narbe — das Kennzeichen des Toten — das Ehrenmal der Revolution! Als im März 1920 der reaktionäre Putsch der Kapp-Littwitz einsetzte, flammte im Ruhrrevier die glimmende revolutionäre Glut von ohnen auf. Die Arbeiterschaft bewaffnete sich. Arbeiterbataillone wurden aus dem Boden gestampft. Eine „Rote Armee" erstand über Nacht. Da war er dabei. Ein junger, kräftiger Matrose. Als Gruppenführer stand er kämpfend an der Front.

Von den Reichswehrtruppen wurde er mit seiner Gruppe gefangen genommen. Sieben seiner Kameraden wurden ohne Verhör, ohne Standgericht kurzerhand an die Wand gestellt und zusammengeknallt. Die Ueberlebenden, er darunter, wurden gekennzeichnet. Wie Tiere. Mit Salpeter-Rauchsäure schmierte man ihnen ein Kreuz auf die linke Wange. Ein gelber Fleck, der brannte und schmerzte, der sich in die Haut einfraß, Eiter zog und eine schmerzhafte Geschwulst hervorrief. Das war das Zeichen des Todes!

Man hatte die Kotgardisten mit der Waffe in der Hand angetroffen, und das sollten sie mit ihrem Leben büßen. Beim Morgengrauen des Apriltages führte man die Opfer durch die Straßen Hagens zum Bahnhof — zur Richtstätte zum Verhör, sagten die weißen Bestien mit zynisch-grinsender Gebärde.

Je zwei Mann in der Mitte, gefesselt. Auf der Seite geführt von Kriminalen in Zivil, hinten 30 Mann der Ordnungsbanditen mit ungeheuerlichen Karabinern. Still und verlassen waren die Straßen. Nur der Tritt der Verurteilten und ihrer Henker widerhallte den Häusern entlang. Bei Sonnenaufgang sollten alle erschossen werden. Der junge Revolutionär hoffte und sann auf Rettung. Die Fessel an seiner Hand war locker. Wie ein elektrischer Strom durchsuckte es ihn. Alle Lebensgeister wurden wach.

Er probierte, bis auf die Zähne, es gelang! Langsam streifte er die Fessel über sein Handgelenk. Aufatmend hielt er sie in der Hand. Jubelte und frohlockte innerlich. Fühlte neue Kraft in den erschundenen Gliedern. Im monotonen Schritt trollte er mit. An einer dunklen Straßenecke fiel die Fessel klirrend zu Boden. Der Kriminale taumelte zur Seite. In dem nächtlichen Dunkel verschwand der Revolutionär.

Brüllende Haltrufe schallten hinter ihm drein. Flintenschüsse krachten. Soldaten sprangen ihm nach. Er drückte sich in eine Hausnische. Ließ die Verfolger vorüberstürmen. Wartete. Dann durchlief er die Straßen, hinaus zur Stadt, ins Feld.

Er war frei — frei!

Nun begannen vierzehn schlimme Tage. Durst und Hunger quälten ihn. Nur bei Nacht konnte er weitergehen. Seine Matrosenuniform hinderte ihn am Betreten der von Weißgardisten wimmelnden Ortschaften. Auf der Landstraße standen Posten und Kavalleriepatrouillen durchstreiften das Gelände. Nach unerhörten Strapazen, zerschundenen Füßen und mit zerrissenen Stiefeln, wundgelaufenen Füßen und mit dem brennenden Todeszeichen auf der Wange kam er nach Süden, wo er Hilfe fand.

Seine Kameraden wurden erschossen. Sie gingen heim zu den hunderttausend und tausenden Proletariern, die von der weißen Ordnungsbestie gemeuchelt wurden.

Seine Narbe brennt! Er wartet auf den Augenblick, wo er wieder in Reih und Glied treten kann, um dem großen Endkampf zwischen Kapital und Arbeit. — (Anfang 1920.)

Die „Rote Armee" in der Zarenuniform

Moskau, 12. 4. (Mtb.) „Wie sich die „Lettländische Telegraphenagentur" berichten läßt, soll demnächst die jetzige Uniform der Roten Armee aufgehoben und die alte russische Uniform, wie sie vor dem Kriege bestand, wieder eingeführt werden. Die Reingabeschreiben, die jetzt auf dem Aermel getragen werden, sollen wieder in Achselklappen mit vergoldeter Verzierung umgewandelt werden. Da viele Militärs schon jetzt eigenmächtig die neue Uniform zu tragen begonnen, hat der Moskauer Militärchef das Tragen der neuen Uniformen vor der amtlichen Einführung verboten."

Diese äußerliche Aenderung entspricht der inneren Entwicklung der russischen Armee. Wenn den alten Militärs der alten zaristischen Armee diese Aenderung zu lange dauert, so haben sie recht. Jede Armee ist die Armee der jeweils herrschenden Klasse, und die ökonomisch herrschende Klasse, in diesem Falle die junge russische Bourgeoisie, braucht keine Armee zum Spielen, sondern zum Schutze der kapitalistischen Privateigentumsordnung gegenüber dem Proletariat. Von einer solchen Armee als von einer „roten" zu reden, ist ebenso unsinnig, als von einer „Diktatur des Proletariats" innerhalb der kapitalistischen Profitwirtschaft. Die Aenderung der Abzeichen beweist lediglich, daß diese Tatsachen immer schwerer zu verschleiern sind.

Noch eine von Königs Gnaden

Bekanntlich haben in Dänemark die Wahlen stattgefunden und die Sozialisten nebst den bürgerlich-Radikalen die Mehrheit errungen. Darüber nun große Freude im Hause Nostke. Der „Vorwärts" läßt sich dazu aus Kopenhagen folgendes melden:

Kopenhagen, den 14. April. „Der bisherige Ministerpräsident Neergaard hat heute mittag dem König die Demission des Kabinetts unterbreitet. Am Nachmittag berief der König den Führer der Sozialdemokraten, Genossen Stauning, zu sich und beauftragte ihn mit der Bildung des neuen Ministeriums. Stauning nahm den Auftrag an. Da die Radikalen ein sozialdemokratisches Ministerium unterstützen werden, dürfte die Bildung einer sozialdemokratischen Regierung gelingen. Am Dienstag tritt der Hauptausschuß der Sozialdemokratischen Partei zusammen, um sich mit der Regierungsübernahme zu beschäftigen. Bevor er seine endgültige Entscheidung gefällt hat, die zweifellos eine Kabinettsbildung durch Stauning begrüßen wird, dürfte die Bildung der Regierung nicht abgeschlossen werden. Des Chefredakteur des „Socialdemokraten" in Kopenhagen, Genosse Borgbjerg, wird sicher in das Kabinett eintreten."

Also immer vorwärts zum Sieg. Leider sind für Deutschland diese Ausschten dieses Blattes nicht gegeben, sonst wäre es doch ein Schauspiel für Götter, wenn mit der Erringung von sogenannten Arbeiterregierungen das Kapital sich nach wie vor seinen Profit sichern kann und Proleten immer mehr entwurzelt werden und der Einige schließlich noch eines Tages Mitglied des „Völkerbefreienden" werden. Ob die Proletarier nicht bald genug Sozialismus genossen haben? Doch im dänischen Hause der Sektion der III. Internationale wird wohl große Trauer dieserhalb herrschen; denn bei der Einrichtung der Wahlliste mußten erst Unterschriften gesammelt werden, und da hatten die dänischen Parlamentskommunisten 11 000 Unterschriften aufgebracht.

Aber, o weh, bei der Wahl selbst, erhielten sie nur 6204 Stimmen. — Armes Handwerk.

Werks- oder neue Arbeitsgemeinschaft

Die im November 1918, aus Furcht vor der nahenden siegreichen proletarischen Revolution gegründete Arbeitsgemeinschaft, ist im Winter 1924 auseinandergesprengt worden. Nicht von den gewerkschaftlich organisierten Massen, sondern vom Unternehmertum ist dieselbe gesprengt worden. Das Kapital glaubt ohne dieselbe auskommen zu können.

Der verlorene Ruhrkrieg, der liquidiert werden mußte, zwang die Bourgeoisie zu dem Sanierungsfeldzug, den das Proletariat geduldig über sich hat ergehen lassen, mit Ausnahme von etlichen Zuckungen. Der militärische Zusammenbruch von 1918 schlug bekanntlich in die Revolution um und das Proletariat in seiner Gesamtheit war ja Bewegung und wollte in das Rad der Geschichte eingreifen. Es berechtigte Illusionen und seine Unerfahrenheit im offenen Kampf gegen die Bourgeoisie erwiesen sich als ungeheuere Hemmnisse, die das Proletariat erst im Laufe der Kämpfe überwinden und abstreifen konnte. Auch waren den streng gewerkschaftlich organisierten Massen die Zusammenhänge von Wirtschaft und Politik noch ein Buch mit sieben Siegeln. Wir kämpfen rein wirtschaftlich, unser Kampf darf nicht politisch werden. Redner politischer Parteien dürfen nicht reden, die stören nur die Einigkeit in unserm rein wirtschaftlichen Kampf. waren ein Zeichen dafür, daß das Proletariat das Wesen des Kapitalismus noch nicht begriffen hatte. Es war auch ein Zeichen und Beweis dafür, daß das Proletariat von Westeuropa, besonders das deutsche Proletariat, den Sturz des Kapitals nicht wollte, sondern es wollte sich im Kapitalismus nur seine Lebenslage etwas erträglich gestalten. Leben und leben lassen, ist so der typische Ausdruck dafür. Der Versailler Vertrag bedingte eine Scheinkonjunktur in Deutschland und die Proletarier freuten sich ob der vielen Arbeit und ob der rastlosen Tätigkeit ihrer Führer betreffend ihres Befreiungswerkes, d. h. ihrer dauernden Lohnerhöhungen. Daß in Amerika und England Millionen Proleten arbeitslos waren und ungeheuer schwere Kämpfe auszufechten hatten, wußte ein Teil der deutschen Arbeiter nicht und der andere Teil, der es wußte, freute sich seiner Beschäftigung, der aber doch dadurch an eine Gesundung. Nur wurde das Schimpfen auf die Wucherer und Juden immer lauter, weil ja seine „Lohnerhöhungen" durch immer wieder aufgefressen wurden. Die Arbeitsgemeinschaft klappte vorzüglich.

Dann erfolgte die Ruhrbesetzung. Herbeigeführt wurde dieselbe durch das schwerindustrielle Kapital. Man wollte, nachdem man in der deutschen Republik nicht mehr genügend Verdienstmöglichkeiten sah, in der französischen Wirtschaft dieselben suchen. Die anderen kapitalistischen Kreise der deutschen Republik mußte die Sabotage der Erfüllungspolitik mitmachen, da sie ja ohne das schwerindustrielle Kapital nicht lebensfähig sind.

— In diesem Wirtschaftskrieg nun wurde der neue Burgfrieden geschlossen und eine ungeheure nationalistische Welle brauste durch die demokratische Republik. Die Arbeitsgemeinschaft erstrahlte noch in hellstem Glanze. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollten auf ihr Geheiß gemeinsam opfern für die Brüder an Ruhr und Rhein. Am wildesten gebärdeten sich die Eroberer der Gewerkschaften bei dieser nationalen Begeisterung, der vorzugsweise durch andern sie überbieten im Nationalismus. Der passive Widerstand verschlang durch seine Unproduktivität ungeheure Summen, die dem Schein nach hervorgezaubert wurden durch die in Bewegung gesetzten Notenpressen. Die Täuschung benahm das Proletariat, denn dadurch wurde der Inlandsmarkt vollständig brachgelegt und Millionen Menschen lebten in dem fortschreitenden Nullentaumel nur noch von der Hand in den Mund.

Als nach Monaten der Wahnsinn seinen Höhepunkt erreicht hatte und der Krieg, der verloren galt und dann auch beendet werden mußte, stand das Proletariat erschüttert vor seinem eigenen Werk und war durch den entfesselten Nationalismus und seinen Lohnkämpfen so verwirrt, daß es bei diesem wirtschaftlichen Zusammenbruch nicht über Hungerrevolten hinauskam.

Es ertrug ziemlich geduldig und teilnahmslos den neuen harten Frieden, der ihm von der Bourgeoisie serviert wurde. Die Stabilisierung der Währung, die Einführung der Rentenmark als Zwischenlösung, benahlte es mit der Stabilisierung seines Elends, mit dem Abbau von Millionen seiner Klassengenossen. Die Bourgeoisie sah die Verwirrung im Proletariat, erkannte die Unfähigkeit und Ungefährlichkeit des Riesen und mit Hilfe seiner arbeitsgemeinschaftlichen Lakaien nebst den Hampelmännern im Parlament ging es zum Generalangriff über. Belagerungszustand ist Permanenz nebst Ermächtigungsgesetzen, großen und kleinen, waren seine scharfen Waffen gegen das Proletariat. Alles wurde abgebaut und brutal zertreten, alles, worauf die „Arbeiterfuhrer" so stolz waren, und notgedrungen sah, ob sie wollten oder nicht, mußten sie die Gemeinschaft aufgeben. Fadiritt auf Fadiritt hatten sie erhalten und nur angern gaben sie dieselbe auf.

Das deutsche Schwerkapital hat sein Ziel noch nicht erreichen können, da das französische Kapital seinem Uebertritt in die französische Wirtschaft starke Widerstände entgegensetzt und die Aufsaugung von Ruhr und Rhein will.

Monatelang haben nun die Friedensverhandlungen gedauert und endlich ist ein Friedensvertrag vorgelegt worden in dem Gutachten der Sachverständigen.

Der Plan der Sachverständigen sieht nun eine ungeheure Belastung der deutschen Wirtschaft vor. Will das deutsche Kapital diese Forderungen erfüllen, und man will es, da kein anderer Weg übrig bleibt, so muß es die Ausbeutung des Proletariats bis zum Weißbluten steigern, d. h. des Teils des Proletariats, den man noch braucht, während der andere Teil auf dem Aussterbe-Etat steht.

In dem Artikel „Die Papiermeinsmark" ist dies klar gelegt. Welchen Weg wird nun das deutsche Kapital gehen? Wird es zur Arbeitsgemeinschaft auf neuer Grundlage zurückkehren oder wird es zur Werksgemeinschaft schreiten und die „freien" Gewerkschaften vollständig beiseite lassen?

Diese Frage ist beim Kapital selbst noch nicht geklärt. Ein Teil scheint sich von der Werksgemeinschaft, d. h. zur direkten Verhandeln mit der Belegschaft, mehr zu versprechen, während ein anderer Teil offen für eine neue Arbeitsgemeinschaft ist, aber ohne Eingriff des Staates mit seinem Recht des Für verbindlich Erklärens der Schiedssprüche.

Wir haben in der vorigen Nummer der KAZ. in dem Artikel „Werkswille" der der Bonzenschen Gewerkschaftszeitung, deren Redakteur der berüchtigte Dr. Striemer ist, entnommen ist, auf die Ideologie eines Teils des Proletariate hingewiesen. Doch wissen wir, daß die Tatsachen auch den Willen und die besten Vorsätze im Proletariat über den Haufen werfen. Diese Tatsachen sind nun folgende.

Bei dem Versuch, durch die Erfüllung zur Befreiung zu kommen, mußt das deutsche Kapital Halbnahmen ergreifen, die alles bis dato Gewesene an Brutalisierung, an Brutalität sowie Raffinesse in den Schatten stellen. Jegliche Erschütterungen des Wirtschaftslebens müssen verhindert werden. Landwirtschaft wie Industrie müssen ungeheures leisten, soll der Versuch nicht im ersten Anfang stecken bleiben und die „Befreiung" illusorisch machen. Um dieses nun zu gewährleisten, wird es notwendig sein, die Arbeiter davon zu überzeugen und sie mit dem Gedanken zu durchdringen, daß ihr Heil und ihre Zukunft nur durch diese brutalen Maßnahmen zu sichern. Daß dieses das Kapital und auch der staatliche Machtapparat nicht kann, schon wir bei den vielen auffliackernden Streiks. Auch der Eisenbahnerstreik, so sehr er auch in den allererersten Anfängen stecken blieb, zeigt, daß die abgedroschene Phrasen des Kapitals auf die Dauer nichts nützen. Wohl versucht ein Teil des Kapitals mit gelben Werkvereinen und den Deutschvölkischen vollständige Ruhe im Betriebe zu erzielen, doch die Gewerkvereine hat sich auch schon vor dem Kriege gehabt, und auch diese werden versagen, da die Harmonie doch stark in die Brüche gegangen ist nach dem Kriege. Wir werden jedoch Zeuge sehr starke Streikbewegungen in Zukunft zu verzeichnen haben, trotz a

Frankfurt sowie das freigewerkschaftliche Seminar in Cöln, um dann wörtlich weiter zu sagen: „Zurzeit reichen die Mittel der Gewerkschaften leider nicht aus, um einer größeren Zahl ihrer Funktionäre dieses Studium zu ermöglichen."

Der Professor der Schwerindustrie macht dann den Gewerkschaften den Vorschlag, den richtigen vollwertigen Ersatz seiner Funktionäre, d. h. der verantwortlichen Führer, aus den Reihen der Studenten zu nehmen, die doch auch haben schuften müssen um ihr Studium vollenden zu können. Jedenfalls haben sie beides, eine schwielige Faust und ein reichliches Wissen, sind also so recht befähigt, das zu erfüllen, was in Zukunft die Gewerkschaftsführer mehr wie bisher erfüllen müssen und zwar, wie weiter oben angeführt: „Eiserner Wille zur Verantwortung (gegenüber dem Kapital natürlich, d. Red.) sowie tiefes Verständnis für die Lebensbedingungen unserer privatwirtschaftlich organisierten Produktionsweise (lies: für die Notwendigkeit unseres Profits, d. Red.)."

Fürs revolutionäre Proletariat ergibt sich nur immer wieder, unerschütterlich die Zusammenhänge und den Zusammenbruch der Profitwirtschaft den Klassengenossen aufzuzeigen und auch die Rolle der Gewerkschaften, die sie gespielt haben von 1914 bis 1923 und die sie wieder spielen werden, nur mit dem Unterschied, daß die sich neu, zwangsläufig ergebenden Arbeitsgemeinschaften viel brutalere Auswirkungen haben, und viel gefährlichere Fesseln sein werden, als die „gemütliche" Tätigkeit von 1918 bis jetzt.

Die Arbeitsgemeinschaft der Vergangenheit hat dem Proletariat über zwanzigtausend, die der Zukunft soll ihm über zwanzig Millionen seiner Klassengenossen kosten. Retten kann sich das Proletariat nur, wenn es den Weg der revolutionären Lösung beschreitet und sich in den Betrieben als Klasse zu revolutionären Betriebsorganisationen zusammenschweißt und um den Kommunismus, um die Wirtschaft und um die politische Macht kämpft und seine Diktatur, ausgeübt durch seine revolutionären Räte, errichtet.

Die Organisationen, die unentwegt zum kämpfenden Proletariat standen und stehen, die die Erfahrungen aus den Kämpfen des Proletariats und aus seinen Niederlagen in theoretische Formen gefaßt haben und dies in ihren Programmen niederlegten, sind die AAU. und KAP. Diese Programme gewähren dem Proletariat die tiefere Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge einer untergehenden Welt und befähigen es, diese Welt der systematischen Massenvernichtung aus Profitinteressen zu beseitigen und die neue Welt, den Kommunismus, die Bedarfswirtschaft, zu errichten.

Neue Arbeitsgemeinschaft heißt Massensterben des Proletariats, Revolution heißt aber Leben des Proletariats. Klassengenossen, an Euch liegt's, zu entscheiden!

Was der „politische Beichtvater" sagt

Wollen ihn erst mal vorstellen: Herr Helmut von Gerlach, Redakteur und Herausgeber der „Welt am Montag". Er läßt sich in seiner neuesten Nummer folgendermaßen vernehmen:

„In den letzten Monaten habe ich einen bedeuerlich großen Teil meiner Arbeitszeit darauf verwenden müssen, den zahllosen Leuten zu antworten, die mir mitteilten, daß und warum sie am 4. Mai nicht wählen wollten. Es handelte sich natürlich ausschließlich um Männer und Frauen der Linken. Sonst hätten sie nicht gerade mich zu ihrem politischen Beichtvater erkoren.

Die Sache ist natürlich allen genstwortet:

Wählt! Wählt um jeden Preis! Wählt lieber eine noch so ausgefallene neue Partei, ehe ihr zu Hause bleibt!

Es darf keine Stimme links in Deutschland durch Wahlenthaltung verloren gehen. Daß gewählt wird, ist noch viel wichtiger als die Frage wie gewählt wird. Ob jemand demokratisch oder für das Zentrum oder für eine der vielen kleinen Neugründungen stimmt, die Hauptsache ist, daß er überhaupt seine Stimme in die Wagschale der Linken wirft.

Ich selbst werde sozialdemokratisch wählen.

Jede nicht abgegebene Stimme links ist eine Stimme mehr für die Rechte. Wer nicht wählt, wählt indirekt hakenkreuzlerisch.

Politischer Fatalismus wäre die größte Sünde, deren sich die deutsche Linke schuldig machen kann. Eine Sünde, noch weit größer als Moskowitismus oder selbst Monarchismus und Mussolinismus."

So sieht der ganze Leitartikel aus. Wir geben gern zu, daß ein radikaler Spießer keinen Dunst hat von der revolutionären Erkenntnis des Proletariats, daß erkannt hat, daß es nur durch aktives revolutionäres Eingreifen, durch die Eroberung der Produktion, durch Ueberwindung des unheilbar erkrankten Kapitalismus sich selbst und die Menschheit retten kann. Ein bürgerlicher Dummkopf braucht deswegen, daß er den revolutionären Willen des Proletariats als Fatalismus bezeichnet, noch nicht gleich solch Demagoge sein. Wenn jedoch diese Dummheit unberücksichtigt bleibt, bleibt tatsächlich nichts anderes übrig, als was Noske auch sagt. Berücksichtigt das Proletariat noch die gemeine Progromhetze dieses Herrn bei allen revolutionären Kämpfen, so dürfte es ihm nicht schwer fallen, zu begreifen, in welchem Dienst dieser politische Pfaffe steht, und daß er gerade das Gegenteil von dem tun muß, was dieser Pfaffe sagt.

Die „linke" KPD.-Taktik

Die KPD. hat immer noch nicht gelernt, daß ihre ungeheure Zerrüttung auf den Massenfang durch den Parolenunfug zurückzuführen ist. Man kann deshalb auch nicht gut verlangen, daß sie die Erkenntnis wecken muß, statt an das Gefühl der Massen zu pochen, d. h. auf die Dummheit zu bauen. Nur muß man der Wahrheit der jetzigen Führergarnitur zugestehen, daß sie nicht aus Demagogie, sondern aus Dummheit konterrevolutionär wirkt.

Statt vieler Beispiele eins zur Illustration: An Mittwoch, den 9. April hatte die KPD. in Neukölln eine Reihe Wahlversammlungen einberufen. Der Referent in der Kindl-Brauerei sprach anderthalb Stunden. Ein Sozialdemokrat unterbrach das Referat und erklärte sich in allen Punkten damit einverstanden. Das dürfte den Inhalt besser kennzeichnen, als eine Wiedergabe. Als erster Diskussionsredner sprach ein Genosse der KAP. Zwar ausgiebig, weil sich bis Schluß des Referats niemand zum Wort gemeldet hatte, als drei unserer Genossen; immerhin nicht anderthalb Stunden, wie Referent. Versammlungsleitung und Funktionäre stürmisch unterbrechend behaupteten. Unser erster Diskussionsredner versuchte aus der Zerrüttung der Weltwirtschaft, aus der Todeskrise des Kapitalismus (die der Referent zugestand) herauszubeweisen, daß das Kapital aus ehernen ökonomischen Gesetzen, aus Selbsterhaltungstrieb gezwungen ist, alle die Taten zu begehen, die der Referent sehr richtig an den Pranger nagelte. Millionen müßte das Kapital aus den Betrieben werfen und die überflüssigen Fresser beseitigen, damit sie ihm nicht den Profit wegfressen. Nicht aus Bosheit des Kapitalismus, wie der Referent in geschichtlicher Unkenntnis behauptete, müßten die (Groberschen) 20 Millionen nach dem Friedhof auswandern, sondern, weil die Kaufkraft der ganzen Welt zerstört ist und die verminderte Absatzmöglichkeit nicht genügend Profit ließe bei Beschäftigung aller Proletarier. Dies sei die Ursache, weshalb die jahrelangen „Kämpfe" um bessere Lebensbedingungen stets in das Gegenteil umschlügen. Aus diesem geschichtlichen Zwange heraus müsse auch das Parlament als Faktor des proletarischen Klassenkampfes versagen, wie die reformistische Politik der Gewerkschaften und parlamentarischen Arbeiterparteien. Eine Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterklasse sei eben nur möglich, wenn das Proletariat durch die Revolution den Kapitalismus beseitige und vermittels der Diktatur des Proletariats die Wirtschaft kommunistisch umgestalte nach dem Bedürfnis der Masse.

Revolution ist freilich das Gegenteil des Parlamentarismus, wie des Reformismus überhaupt. Deshalb wirkten die Ausführungen unseres Genossen auf die oben erwähnten Poseninjäger wie das rote Tuch auf den Stier. Im Schlußwort unterstrich der Referent sehr lange und ausgiebig sein Referat, daß der Kapitalismus im Golde und Ueberfluß schwimme und wir aus purer Bosheit Schadenfreude begehe und die 20 Millionen verhungern lassen will. Die Schlußfolgerung daraus ließ er aber nur zwischen den Zeilen durchblicken: Ist der Kapitalist nur bösartig, kann man ihn durch Gesetze und „Kämpfe" dazu zwingen, anständig zu werden, um die Massen gut zu ernähren. Aus dieser Ideologie kam ein revolutionärer demnach Quatsch. Der kleinbürgerliche Referent fühlte sich seiner Sache so sicher, daß er unserem Genossen aufrichtig bedauerte, für die Schläge, die er für seine Ausführungen in nächster Zeit von der KAP. bekommen werde. „Ich möchte nicht in seiner Haut stecken." Das ist Krähwinkel und Kalau in einer Form, diese Weltanschauung der Parlamentarier der KPD.

Man fuchtelt wild herum mit „Kampf", „Diktatur des Proletariats" und „Revolution", tarnt aber alle Voraussetzungen dafür. Man erzählt den Massen „revolutionär", daß alles noch nicht so schlimm ist und bespeit die Proletarier, die sich abmühen im Proletariat die subjektiven Bedingungen für die Revolution zu schaffen, als vom Kapital bezahlte Spitzel. Es muß aber anerkannt werden, daß die Entwicklung der KPD.-Proletarier fortschreitet. Die Versammlungen waren nicht plakatiert, die Besucher bestanden demnach nur aus Mitgliedern der KPD. und Lesern der „Roten Fahne". Die Störenfriede bestanden nur aus den für diese Zwecke eingedrillten Rekruten. Sie wurden von den Proletariern der KPD. selbst zurechtgewiesen. Unsere Diskussionsredner hatten trotz aller Unterbrechungen lebhaften Beifall, selbst von einer bedeutenden Anzahl eingeschriebener KPD.-Mitglieder. Für unsere Genossen mag dies ein Fingerzeig sein, wo der Hebel anzusetzen ist. Trotz aller Begeiferungen haben wir unentwegt den Proletariern begreiflich zu machen, daß es im Kapitalismus keine Rettung gibt. Erst wenn die breiten Massen begreifen, daß ihnen nur Untergang in die Barbarei droht, daß der Kapitalismus ihnen keine Lebensmöglichkeit bieten kann, selbst wenn alle Kapitalisten zu Engeln bekehrt würden, werden sie für die Revolution gewonnen werden.

Druckfehler-Berichtigung

In der Nummer 29 haben sich verschiedene Druckfehler eingeschlichen.

In dem Artikel „Einst und jetzt" fehlt im dritten Absatz zwischen der zweiten und dritten Zeile eine ganze Zeile. Sie muß heißen:

klassiert — es klassiert — und die Sozialdemokraten be-

In dem Artikel „Ein Parasit" muß es im dritten Absatz, sechste Zeile anstatt deusch — Deutsch und in der neunten Zeile anstatt „andere Bürger" — anderen Bürgern und nicht „von der kapitalistischen" sondern „an der kapitalistischen und in demselben Absatz in der vierten Zeile von unten nicht „Da ist" sondern Das ist heißen.

Proletarier! Vergeßt die politischen Gefangenen nicht! Sammelt!

Verantw. Redakteur und Herausgeber: Kurt Hellwig, Düsseldorf. — Druck: Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstr. 160.

Ein Wort an die Unorganisierten und an die, denen sie fortlaufen

Im Streit um die Gewerkschaftsposten haben wir bis heute echon mancherlei erlebt. Es ist eine alte, bekannte Tatsache, daß der gewerkschaftliche und parlamentarische Kampf, da er vor allen Dingen ein Kampf um die Massen ist, kein Mittel scheut, um der Gegenpartei diese Massen abspenstig zu machen. Die logische Folge ist natürlich, daß jede tiefere Einsicht in die zur Tagesordnung stehenden Probleme von seiten der Massen selbst, den sich befehdeten Parteien ein Dorn im Auge ist. Die Organisation ist nicht mehr Mittel zum Zweck der Revolution, sondern Selbstzweck und Mittel für die Organisationsnutznießer. Massen, Massen um jeden Preis ist die Parole! An Stelle der kritischen Behandlung revolutionärer Fragen und Probleme tritt der Partei-Imperialismus. Jede Partei sucht die Stimmung der Massen und deren Illusionen für ihre Zwecke auszunutzen. Daß im Kampf um die Gewerkschaftsposten, der momentan noch in den Betrieben tobt, jede Partei, die SPD. sowohl als auch ihre rothaarige Moskauer Schwester, auch eine Stütze bei den Unorganisierten, auch bei den völlig Indifferenten sucht, ist selbstverständlich. Hauptsache ist der „Erfolg". So beklagt sich der „Vorwärts" bitter, daß in der Terminologie (Fachausdrucksprache) der „Roten Fahne" sich das Wort von den klassenbewußten Unorganisierten" eingeschlichen hätte, und der „Vorwärts" findet es bezeichnend, daß ein solches Schlagwort aufgebracht werden konnte, ohne daß die Urheber der Lächerlichkeit verfallen, oder einen Kaltwasserkur unterworfen wurden." Hochtrabend fährt er dann fort, diesen Widerspruch zu analisieren und schreibt:

„Die Massen, die nach der Novemberrevolution von Organisationsfurcht und Organisationsverboten frei geworden, in die Gewerkschaften strömten, waren weit mehr von egoistischen Instinkten als von Klassenintinkt beseelt. Von Klassenbewußtsein konnte bei den meisten, zumal den vordem „Gelben", jedenfalls keine Rede sein. Das Klassenbewußtsein fliegt keinem Arbeitnehmer mit dem Mitgliedsbuch der Gewerkschafts- und Parteiorganisatiöd an. Es muß von jedem einzelnen Genossen erworben werden durch geistiges Eindringen in das Gebiet der gesellschaftswissenschaftlichen Erkenntnis. Der klassenbewußte Arbeiter muß die Zusammenhänge der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse erkennen lernen, sich zur sozialistischen Weltanschauung aufschwingen. Dazu gehört vor allem der gute Wille, sich aus der sozialistischen Literatur und aus Vorträgen die nötigen Kenntnisse anzueignen, um als klassenbewußter Arbeitnehmer zu denken, zu urteilen und zu handeln. Das Klassenbewußtsein kann sich nur aktiv äußern in organisatorisch-solidarischer Verbindung mit Gleichgesinnten und Gleichinteressierten, in der gewerkschaftlichen und politischen Organisation."

Der Artikelschreiber des „Vorwärts" hat hier zweifellos treffliche Formulierungen gefunden. Daß er zu dem Schluß kommen muß, daß das so vortrefflich geschilderte aktive Klassenbewußtsein ausgerechnet sich dahin äußert, daß diese von dieser Theorie erfüllten Proletarier dann in die Gewerkschaften zurückkehren werden, daß ist ja nicht seine Schuld; dafür wird er schließlich bezahlt. Wir gehen jedoch wohl kaum fehl, wenn wir annehmen, daß diese an sich wohl richtige Argumentation infolge ihrer Schlußfolgerung dem Schreiber selbst als ein noch größerer Widerspruch zum Bewußtsein gekommen ist, als der, den er seinen Brüdern links von ihm vorwirft; denn sonst konnte dieses so schön beschriebene Klassenbewußtsein sich eben gar nicht in die wirklichen Organisationen führen; denn daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie mit Klassenkampf eben so wenig zu tun haben, wie die Völkischen, weiß natürlich der Soldschreiber der Gewerkschaftlichen Rundschau im „Vorwärts" auch. Sein Trick ist eben nicht minder lächerlich, der Schreiber nicht minder reif für eine Kaltwasserheilanstalt wie die so schar angegriffene Konkurrenz. In die SPD. und die Gewerkschaften so weit abgewirtschaftet haben, daß sie bei den Arbeitern als offen konterrevolutionär erkannt sind, versuchen sie, ihren Rivalen mit wissenschaftlichen Mätzchen beizukommen, die von ihnen selbst gelobte Methode des „Anknüpfens an die Illusionen der Massen" und die ekelhafteste Verherrlichung der Massendummheit zu entlarven. Sie entlarven damit zu gleicher Zeit sich selbst.

Es gehört schon eine eiserne Stirn dazu, die Gewerkschaften und die SPD. als die Organisationen hinzustellen, die während des Krieges trotz aller Verbote ihre Pflicht getan hätten, und nach Sprengung des Verbotes von — wenn diesem Geschreibsel einen Sinn haben soll — den Gewerkschaften, dann die bis dato trägen indifferenten Massen sich die „Erfolge" dieser Klassenkämpfer sich zu Nutze gemacht hätten. Daß während des Krieges die Gewerkschaften die eigentlichen Bezirkskommandos Hindenburgs waren, dürfte wohl noch jedem Proletarier in Erinnerung sein. Ebenso die Tatsache, daß diese Gebilde der Konterrevolution jeden klassenbewußten Arbeiter in die Schützengräben denunzierten, jede Hungerrebellion niederzuknüppeln halfen, und dafür reklamiert und, während die Proleten verbluteten, wohl geborgen und gut bezahlt zu Hause in Patriotismus machten. Der Zusammenbruch des blutigen imperialistischen Hexensabbat war zum Teil eine Folge der aufbegehrenden Massen, die den Gewerkschaften fern standen oder sich bereits von ihnen abgewendet hätten, um gegen sie, gegen Belagerungszustand, gegen die patriotische Pest, gegen den imperialistischen Krieg den Kampf aufzunehmen. Wenn sie also nach dem Zusammenbruch in die Gewerkschaften strömten, weil sie diese Gebilde in ihrer konterrevolutionären Verderbtheit noch nicht bis auf den Grund durchschauen konnten, so mag dies ganz richtig eine Frage fehlenden Klassenbewußtseins sein. Aber dieses Manko war die Ursache, daß die Gewerkschaften ihre konterrevolutionäre Politik überhaupt fortsetzen konnten und auch fortsetzten. Wären die Lehren des Krieges bis auf den Grund ausgeschöpft worden und wären nicht die noch vorhandenen pazifistischen und reformistischen Illusionen eine starke Hefe für die folgende konterrevolutionäre Henkersarbeit der SPD. und Gewerkschaften gewesen, so — wären sie heute nicht mehr. Ein Massensturm hätte die gesamte kapitalistische Ordnung mit samt den Gewerkschaften hinweggefegt und vermittelst der proletarischen Diktatur dem Kommunismus zum Triumph verholfen.

Wenn daher der Artikelschreiber des „Vorwärts" die alte Weisheit ausgräbt, um sie demagogisch für die unhaltbare gewordene Stellung der Gewerkschaften ins Feld zu führen: „Das Klassenbewußtsein fliegt keinem Arbeitnehmer an, sondern muß von jedem einzelnen Genossen erworben werden durch geistiges Eindringen in das Gebiet der gesellschaftswissenschaftlichen Erkenntnis," so kann sich dieser Herr ebenfalls freuen, daß dies nun nicht in höherem Maße vorhanden ist. Wenn heute große Teile des Proletariats den Gewerkschaften und der SPD. den Rücken kehren, so wohl aus dem Grunde, daß sie begriffen haben, daß sie durch die Zugehörigkeit zu diesen Organisationen gegen ihr eigenes Fleisch wüten. Sie haben gesehen, daß die Gewerkschaften selbst dann, als zehn Millionen hinter ihnen standen, sich lediglich zu einem Hebel der herrschenden Klassen auswirkten und natürlich direkt gegen die Arbeiterklasse. Sie haben gesehen, daß selbst die so gelobte „Erkämpfung besserer Lebensbedingungen" heute eine billige konterrevolutionäre Phrase ist. So sehen große Teile der Arbeiterklasse an dem kritischen geschichtlichen Wendepunkt, daß die alten Waffen versagen und sie selbst jedoch noch belastet sind mit einem Wust sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Tradition und „Schulung". Sie glauben, daß die Sache und die Lage ihrer Klasse und ihres Sieges eine Frage der „guten" oder „schlechten" Führer ist, und gehen zum Teil der linken Konkurrenz auf dem Leim, zum Teil ziehen sie die Konsequenzen aus dem sozialdemokratischen Patriotismus und landen bei den Hakenkreuzlern, zum Teil zeigen sie offen, was sie vordem in den Gewerkschaften schon waren, und stehen abseits, weil ihnen selbst der klägliche Rest von Unterstützungskläbbis in einem gewöhnlichen Sparklub viel besser geboten wird, und verlassen aus diesem Grunde die Reihen der Gewerkschaften.

Aber zum Schrecken der Gewerkschaften ist doch ein Teil der Proletarier bis zu jener „gesellschaftswissenschaftlichen Erkenntnis" vorgedrungen, daß er die „Zusammenhänge der „wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse" soweit zu durchleuchten vermag, daß er begreift, daß das Proletariat nur siegen kann, wenn es selbst seine Geschicke in die Hand nimmt, wenn er Herr seiner Existenzbedingungen wird, wenn er sich sammelt als Klasse in den Betrieben von unten auf in Betriebsorganisationen zusammengefaßt zur AAU. und darüber hinaus in der Partei der Revolution, der KAPD., die beide den Sturz der kapitalistischen Ordnung auf ihre Fahne geschrieben haben. Dieses in der KAPD. und AAU. organisierte Proletariat sagt den Unorganisierten: Je länger ihr zögert, den zweiten Schritt nach dem ersten zu tun, je länger wird der Kapitalismus und seine gewerkschaftlichen Trabanten aus eurer Haut Riemen schneiden, euch verhöhnen, wie es der obige „Marxist" genau so im „Vorwärts" tut, wie sein Freund Leutsch in der „DAZ." oder der Herr Stricmer bei Dorsch. Das klassenbewußte Proletariat hat euch nichts zu bieten, als ein auf den Erfahrungen und den Lehren der Revolution fußendes Klassenkampfprogramm, daß euch Rückzug und Hebel zu eurer Befreiung sein kann. Das klassenbewußte Proletariat ist sich dessen bewußt, daß diese Einsicht in die wahren Zusammenhänge den Kampf gegen obige „Wissenschaft" genau so zur Folge haben muß, wie den Kampf gegen den internationalen Kapitalismus überhaupt. Aber es weiß, daß aber kapitalistische Verbruch die entfäuschten Sklaven auch über die Phase der Teilnahmelosigkeit und der Passivität hinweg vorwärtstreiben wird zu neuen Mögen, neuen Ufern, neuen Kämpfen gegen die alte Welt, die sich auch selbst läutern und überwinden werden, und deshalb glaubt das revolutionäre Proletariat auch an den endgültigen Triumph seiner Sache, trotzdem das deutsche Proletariat der Lehren eigentlich schon genügend hinter sich hätte.

Nationaler Wahlkampf oder internationaler Klassenkampf?

Ein Wahlkampf kann sich nur im nationalen Rahmen vollziehen. Es gibt weder einen internationalen Klassenkampf in den verschiedensten Formen; aber der Gedanke dieses Klassenkampfes in Form eines internationalen Wahlkampfes richtet sich von vornherein von selbst. Es ist in Konsequenz dieser Tatsache auch von keiner parlamentarischen Partei von den internationalen Interessen des internationalen Proletariats die Rede, sondern nur von den Interessen des Proletariats in Deutschland. Wer in der KPD.-Presse neben den Argumenten von der Ausnützung der „Tribüne" auch gleich die praktische Anwendung dieser „Ausnützung" während der Wahlperiode liest: „Rettung der Nation", „gegen die Einheitsfront Thyssen-Krupp-Poincaré", „gegen den Landesverrat", „für ein neues Deutschland" usw. wird finden, daß die Simmlosigkeit der Formulierung vom „revolutionären Parlamentarismus", wenn auch in sich widerspruchsvoll, doch viel klarer lauten müßte: „revolutionärer Nationalismus". Die Sozialdemokraten mit oder ohne Sowjetstern haben eben immer noch nicht begriffen oder wollen nicht begreifen, daß der Kampf des Proletariats in der Epoche der kapitalistischen Aufwärtsentwicklung wohl in erster Linie ein Kampf der im nationalen Rahmen sich rechnenden [illegible] und die Teilnahme am Parlament mit einschloß. Da diese Voraussetzungen in jedem Lande dieselben waren, das Proletariat jeden Landes erst diese Epoche durchlaufen mußte, ist dies im historischen Sinne selbstverständlich ein Stück des internationalen Befreiungskampfes überhaupt. Ein Teil! Ein Festhalten an diesen Kampfmethoden ohne die Voraussetzungen jedoch heißt auf dem Schwanz der Geschichte durch die Weltgeschichte reiten wollen. Denn wer vor lauter Affenliebe zu irgend einem Bonzenpack noch in die Welt zu schauen vermag, sieht: Wenn der Kampf der französischen Arbeiter um „besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen" von Erfolg sein soll, dann muß die Möglichkeit dieser Besserung — wenn auch nur scheinbar — auf Rechnung der deutschen Proletarier in Gestalt von Reparationsleistungen gehen. Wenn eine Abwehr des deutschen Proletariats im nationalen Rahmen Deutschlands in Gestalt von „besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen" Sinn hat, so nur in Gestalt von Abwehr dieser Leistungen; also Kampf gegen das französische Proletariat. So ist die Lage und das Verhältnis der „Nationen" und des nationalen Kampfes des Proletariats zueinander überhaupt: nicht internationaler Klassenkampf sondern Nationalismus.

Diesem Gesetz kann sich keine Partei entziehen, die im Zeitalter der internationalen Kapitalskonzentration die Interessen des Proletariats in irgend einer Verbindung mit den nationalen Parlamenten bringen will. Sie mag reden, was sie will. Wenn die KPD. mit der Wahlparole: „Ins Parlament gegen das Parlament" schwankenden Arbeitern blauen Dunst vorzumachen sucht, so kennzeichnet nichts drastischer als dieser Unfug eben gerade den bürgerlichen Parlamentarismus. Man muß zu revolutionären Phrasen greifen um eine antirevolutionäre Praxis fortzusetzen. Man hat sehr wohl begriffen, daß die Frage des Parlamentarismus keine „taktische", sondern eine grundsätzliche Frage von so großer Bedeutung ist, daß die Frage, was die KPD.-Diätenempfänger eigentlich im Parlament treiben, völlig zurücktritt. Es steht die Frage auf der Tagesordnung, ob das Proletariat rechtzeitig den Weg von einer nationalistischen Politik, trotz allen Geschreis von der Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der eigenen Bourgeoisie, zu dem des internationalen Klassenkampfes findet. Wird dieser Weg beschritten, bricht sich diese Erkenntnis Bahn — und sie wird sich, wenn sie brauchen soll, dann bedeutet dies den Tod der national-parlamentarischen Partei. Daß Parlamentarier den Weg der zu ihrem politischen Selbstmord führt, freiwillig gehen, kann schlechterdings niemand verlangen. Daß die Proletarier ihn jedoch gehen müssen und werden, dafür werden die Tatsachen sorgen. Denn freiwillig gehen ihn auch die Proletarier nicht. Sie werden den verführerischen Lockrufen vielleicht so lange folgen, bis sie selbst nicht weiter im Sumpf vorwärts können, ehe sie begreifen, daß der Kampf um die Macht in sich schließt die Einsicht der Kämpfenden in die Bedingungen, unter denen sie kämpfen müssen.

Der Bericht der „Sachverständigenkommission"

schon dürfte die Arbeiter in Deutschland belehren, was für sie auf dem Spiele steht. Die deutsche Bourgeoisie wird in Zukunft scheelsuckend und mit vor Mitleid überfließendem Gesicht auf ihr Unten und auf das schlechte Herz des „Feindes" weisen. Gewiß, für die deutsche Bourgeoisie, für die verschiedensten Kapitalgruppen wird der kommende Reichstag immer noch ein Instrument für die Verfechtung ihrer Profitinteressen sein. Dort wird dem Kampf um den Profit das nationale Mäntelchen umgehängt. Vielleicht machen die Deutschnationalen in Arbeiterfreundlichkeit noch weit mehr, als die Parlamente „Kommunisten". Sie brauchen ja weiter nichts tun, als recht laut brüllen, daß die Not und das Elend der Proletarier in Deutschland eine Folge des „Schandver-

Etwas über den Ursprung des Gutachtens der Sachverständigenkommission

(Dawes-Bericht.)

Unter den zahlreichen Plänen, so schreibt der Berliner Korrespondent der amerikanischen „Federatal Press", die der alliierten Kommission unter dem Vorsitz des General Dawes zur Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands betreffs Reparationsleistungen vorlagen, war der bedeutendste der von der Vereinigung Britischer Industrieller vorgelegte Entwurf. Diese Organisation umfaßt ungefähr 200 Unternehmerverbände.

Der von dieser Vereinigung aufgestellte Plan wurde ursprünglich im Oktober 1921 festgelegt; aber augenscheinlich [illegible] noch nicht herausgreift. Der Plan gerät sowohl mit den französischen wie mit den deutschen Interessenten in Konflikt und zielte lediglich auf die Begünstigung der britischen Industrie hin. Der Augenblick des großen Elends und Zusammenbruchs in Deutschland erschien den britischen Industriellen als eine günstige Gelegenheit, jetzt für das deutsche Proletariat Beschäftigung anzubieten. Der Plan stellt den Versuch dar, das deutsche Proletariat zur Sträflings- und Sklavenarbeit für die ganze übrige Welt, besonders für das britische Kapital zu verwenden. Es wird hierin festgestellt, daß das bisherige Reparationssystem die britische Industrie verdrängt hat und „eine nützlichere und weniger anstößige Methode der Betätigung deutscher Kraft und Energie empfohlen als die der regellosen Ausfuhr von Waren, die mit der britischen Industrie in Wettbewerb stehen."

Folgende drei Wege werden vorgeschlagen, um Deutschland in das gewünschte Joch einzuspannen:

1. Deutschland mag sein Reparationskonto dadurch abarbeiten, daß es die Eisenbahnen und andere Verkehrswege in Zentraleuropa (Tschechoslowakei, Polen, Oesterreich, Ungarn, Italien usw.) wiederherstellt und möglicherweise in weiterem Sinne auch in Rußland. Dies heißt nicht etwa, daß deutsche Arbeiter nach diesen Ländern auswandern sollen, wie es viele von ihnen gern tun würden, sondern nur daß sie, wie vorgesehen, Sklaven- oder Sträflingsarbeiter sind, die nach Erledigung ihrer Arbeit in ihre Heimat zurückkehren.

2. Möge Deutschland solche Arbeiten ausführen, „die in gewisser Hinsicht in den unentwickelten Teilen der Erde gewinnbringend nicht durchführbar werden können" wie z. B. der Bau und die Anlage von Eisenbahnen und Häfen in Afrika, Südamerika und Asien. — Gerade der Ausdruck „gewinnbringend" (profitabel) bezeichnet am deutlichsten, daß die Absicht besteht, den deutschen Proletarier als zu einer Art Allerweltskuli zu machen.

3. Man lasse die deutschen Arbeiter bei der Ausführung und Anlage von Bauten in den alliierten oder andern Ländern unter alliierter Leitung behilflich sein. „Aber alle Einzelheiten müßten dabei in alliierten Händen liegen, um jede Möglichkeit zu verhindern, daß sich Deutschland dadurch gewinnbringenden Handel in Ersatzteilen und Nachlieferungen für die Zukunft verschafft."

Der wirkliche Zweck dieses ganzen Planes ist in dem Köder enthalten, der den anderen Alliierten zugeworfen wird: „Alles das würde den Alliierten ein gewisses Maß von Kontrolle über die Mannigfaltigkeit und Richtung des deutschen Handelsgeschäfts gewährleisten." Es würde „das deutsche Geschäft davon abhalten, in jene Gebiete einzudringen, die ausschließlich uns vorbehalten sind." Deutschland soll auf diese Weise für den übrigen Teil der Welt beschäftigt werden und arbeiten, damit es keine Zeit und Gelegenheit hat, auf irgend einer Art und Weise mit Großbritannien in Wettbewerb auf dem Weltmarkt zu treten und das Geschäft zu stören. Durch den Bau von Eisenbahnen und Häfen in den verschiedenen Teilen der Erde, über die die Alliierten die Kontrolle ausüben, wird es neue Gewinnmöglichkeiten dem britischen Kapital erschließen.

Dadurch wird es verständlich, warum die britische „Arbeiterregierung" MacDonald den Dawes-Bericht so hohe Bedeutung beimißt und bereit ist, den Plan in seiner Gesamtheit zu unterstützen, vorausgesetzt, daß alle anderen Beteiligten dasselbe Verfahren einschlagen.

Jahrg. 5. Nr. 31

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mark

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Strassenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

April 1924
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Nationaler Wahlkampf oder internationaler Klassenkampf?

Ein Wahlkampf kann sich nur im nationalen Rahmen vollziehen. Es gibt weder einen internationalen Klassenkampf in den verschiedensten Formen; aber der Gedanke dieses Klassenkampfes in Form eines internationalen Wahlkampfes richtet sich von vornherein von selbst. Es ist in Konsequenz dieser Tatsache auch von keiner parlamentarischen Partei von den internationalen Interessen des internationalen Proletariats die Rede, sondern nur von den Interessen des Proletariats in Deutschland. Wer in der KPD.-Presse neben den Argumenten von der Ausnützung der „Tribüne" auch gleich die praktische Anwendung dieser „Ausnützung" während der Wahlperiode liest: „Rettung der Nation", „gegen die Einheitsfront Thyssen-Krupp-Poincaré", „gegen den Landesverrat", „für ein neues Deutschland" usw. wird finden, daß die Simmlosigkeit der Formulierung vom „revolutionären Parlamentarismus", wenn auch in sich widerspruchsvoll, doch viel klarer lauten müßte: „revolutionärer Nationalismus". Die Sozialdemokraten mit oder ohne Sowjetstern haben eben immer noch nicht begriffen oder wollen nicht begreifen, daß der Kampf des Proletariats in der Epoche der kapitalistischen Aufwärtsentwicklung wohl in erster Linie ein Kampf der im nationalen Rahmen sich rechnenden [illegible] und die Teilnahme am Parlament mit einschloß. Da diese Voraussetzungen in jedem Lande dieselben waren, das Proletariat jeden Landes erst diese Epoche durchlaufen mußte, ist dies im historischen Sinne selbstverständlich ein Stück des internationalen Befreiungskampfes überhaupt. Ein Teil! Ein Festhalten an diesen Kampfmethoden ohne die Voraussetzungen jedoch heißt auf dem Schwanz der Geschichte durch die Weltgeschichte reiten wollen. Denn wer vor lauter Affenliebe zu irgend einem Bonzenpack noch in die Welt zu schauen vermag, sieht: Wenn der Kampf der französischen Arbeiter um „besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen" von Erfolg sein soll, dann muß die Möglichkeit dieser Besserung — wenn auch nur scheinbar — auf Rechnung der deutschen Proletarier in Gestalt von Reparationsleistungen gehen. Wenn eine Abwehr des deutschen Proletariats im nationalen Rahmen Deutschlands in Gestalt von „besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen" Sinn hat, so nur in Gestalt von Abwehr dieser Leistungen; also Kampf gegen das französische Proletariat. So ist die Lage und das Verhältnis der „Nationen" und des nationalen Kampfes des Proletariats zueinander überhaupt: nicht internationaler Klassenkampf sondern Nationalismus.

Diesem Gesetz kann sich keine Partei entziehen, die im Zeitalter der internationalen Kapitalskonzentration die Interessen des Proletariats in irgend einer Verbindung mit den nationalen Parlamenten bringen will. Sie mag reden, was sie will. Wenn die KPD. mit der Wahlparole: „Ins Parlament gegen das Parlament" schwankenden Arbeitern blauen Dunst vorzumachen sucht, so kennzeichnet nichts drastischer als dieser Unfug eben gerade den bürgerlichen Parlamentarismus. Man muß zu revolutionären Phrasen greifen um eine antirevolutionäre Praxis fortzusetzen. Man hat sehr wohl begriffen, daß die Frage des Parlamentarismus keine „taktische", sondern eine grundsätzliche Frage von so großer Bedeutung ist, daß die Frage, was die KPD.-Diätenempfänger eigentlich im Parlament treiben, völlig zurücktritt. Es steht die Frage auf der Tagesordnung, ob das Proletariat rechtzeitig den Weg von einer nationalistischen Politik, trotz allen Geschreis von der Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der eigenen Bourgeoisie, zu dem des internationalen Klassenkampfes findet. Wird dieser Weg beschritten, bricht sich diese Erkenntnis Bahn — und sie wird sich, wenn sie brauchen soll, dann bedeutet dies den Tod der national-parlamentarischen Partei. Daß Parlamentarier den Weg der zu